



**I. Vorlage an:**

Gemeinderat

15.05.2012 beschließend öffentlich

**III. Sachdarstellung und Begründung:**

In der Sitzung des Gemeinderats am 29.03.2012 wurde aus der Mitte des Gremiums angeregt, im Hinblick auf die rechtsextremistischen Straftaten, die in den vergangenen Monaten bekannt geworden waren, eine Erklärung gegen Rassismus, Gewalt und Willkür zu formulieren.

Im Hinblick auf diese Anregung schlägt die Verwaltung vor, eine Resolution mit folgendem Wortlaut zu verabschieden:

„Wir sind bestürzt über das Ausmaß des Rechtsextremismus in Deutschland – ein Ausmaß, das keiner von uns für möglich gehalten hat.

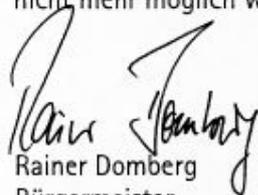
Erschüttert sind wir darüber, dass es rechtsextremistischen Gewalttätern mitten in Deutschland möglich war, Menschen zu töten, einzuschüchtern und zu bedrohen. Unser solidarisches Mitgefühl gilt den Opfern dieser Gewalttaten und ihren Angehörigen.

Wir bekennen uns zu einer Gesellschaft, die vielfältig ist. Auch in Heidenheim soll niemand wegen seiner Abstammung, seiner Nationalität, seiner Religion oder seiner Hautfarbe ausgegrenzt oder diskriminiert werden. Deswegen wollen wir alles dafür tun, dass in Heidenheim extremistisches Gedankengut keinen Raum bekommt und für extremistisches Handeln erst recht kein Platz ist.

Heidenheim ist eine offene Stadt, eine Stadt, die jegliche Form von Extremismus und jede Form von Gewalt ablehnt. Die Würde eines jeden Menschen ist für uns unantastbar. Jeder Mensch ist für uns in seiner Eigenheit wichtig und wertvoll.

In der Vielfalt der Lebensstile und von der Weltoffenheit der Menschen hat unsere Stadt stets profitiert. Der Weg in eine gemeinsame Zukunft führt über ein Zusammenleben frei von Vorurteilen. Menschen werden nicht sortiert, Menschen verhalten sich solidarisch. Wir wollen für eine Stadt eintreten, in der Vielfalt und Unterschiede als Chance begriffen, Ausgrenzung und Diskriminierung aber geächtet werden.“

Die Gemeinderatsfraktion „Die LINKE/DKP“ hat am 17.04.2012 einen fünf Punkte umfassenden Antrag zum Thema Rechtsextremismus und NPD-Verbot gestellt. Dieser Antrag, der der Vorlage beigelegt ist, ging erst am 30.04.2012 bei der Stadtverwaltung ein, weshalb eine ausführliche Befassung vor der heutigen Sitzung nicht mehr möglich war.

  
Rainer Domberg  
Bürgermeister